17 / 2012 www.sabine-baetzing.de 25.05.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
nun haben wir also einen neuen Umweltminister. Hat eigentlich jemand mal mitgezählt, der wievielte Personalwechsel das gewesen ist in diesem Kabinett?
In diesen turbulenten Zeiten geht fast unter, dass wir auch vor sportlichen Großereignissen, Fußball-EM aber auch Olympische und Paralympische Spiele in London stehen. Ich hatte, zusammen mit dem Sportausschuss, die Gelegenheit am Mittwoch vom britischen Botschafter eine Information zu den Planungen etc. zu bekommen. Ich freu mich schon auf das LIVE-Erlebnis der Paralympics im September.
Live könnte ihr am nächsten Freitag (1.6.2012) auch Ulla Schmidt, Gesundheitsministerin a.D. und künftige Bundesvorsitzende der Lebenshilfe e.V. erleben, die im Neuwieder Heimathaus zu „Inklusion- Eine Illusion? – Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ sprechen und gemeinsam mit der gehandicapten Profireiterin und Medaillengewinnerin Bianca Vogel zur Diskussion bereitstehen wird. Ich freue ich auf euer kommen! Fröhliche Pfingsten!
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Landtagswahlen – Es kracht bei den Konservativen!

Der Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen und die krachende Niederlage der CDU mit ihrem seit 1947 schlechtesten Ergebnis im größten deutschen Bundesland haben die Konservativen in einen Schockzustand versetzt. Zuerst kam das unkontrollierte Lospoltern von Horst Seehofer gegen Röttgen, gegen Merkel, gegen die schwarz-gelbe Koalition in einem Fernsehinterview. Dann folgte – unter unklaren Umständen – der Rauswurf von Röttgen aus der Regierung.
Souveränität einer Kanzlerin sieht anders aus. Das war eine Panikreaktion, aus Angst davor, vom NRW-Strudel mit hinab gezogen zu werden. Merkel hat einen ihrer engsten Vasallen in der CDU gedemütigt und verstoßen. Die CDU-Vorsitzende hat damit auch ihren größten Landesverband vor den Kopf gestoßen.
Röttgen ist indes nur der letzte einer langen Reihe von gescheiterten, gestürzten, zurückgetretenen oder abgewählten Merkel-Getreuen. Es wird einsam um sie. In der öffentlichen Diskussion fragt man: „Wie lange noch?“ Merkels Zeit läuft ab. Der Zerfall ihrer kopf- und herzlosen Regierung schreitet voran.
Wir werden stärker. Mit einer neuen Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW in Kiel und einer rot/grünen Landesregierung in Düsseldorf, mit dem Rückenwind vor allem aus Nordrhein-Westfalen wächst der Zuspruch zu unserer Politik. Das nächste Land, das wählt, ist Niedersachsen. Auch hier steht die CDU unter Schock. Im letzten, nach den NRW-Wahlen, durchgeführten Niedersachsentrend liegt die SPD mit 36 % (plus 4) als stärkste Kraft vor der CDU. Die innere Auflösung von FDP und Linkspartei wird auch hier deutlich.
Beide fliegen aus dem Landtag, wenn jetzt gewählt wird. Rot-Grün hat in Hannover wieder eine eindeutige und stabile Regierungsmehrheit.
Für den Bund zeigt die letzte Erhebung: CDU/CSU nur noch bei 33 %, SPD jetzt bei 32 (plus 3).
Rot-Grün ist in Reichweite.

Gesundheit

Glücksspiel –Vorschläge der Regierung wirkungslos!

Die geballte Expertenkritik hat in den bisherigen Entwürfen für eine Novelle der Spielverordnung leider keinen Widerhall gefunden. Die Bundesregierung will keine wirksame Regulierung des Glücksspiels an Geldspielautomaten, obwohl der neue Drogen- und Suchtbericht gerade zum Ergebnis gekommen ist, dass deutlicher Handlungsbedarf besteht.
Insbesondere bei Jugendlichen gibt es eine deutliche Zunahme der Spieler und der Suchtgefahr. Der Markt für Geldspielautomaten, von denen eine besonders hohe Suchtgefahr ausgeht, ist in den vergangenen Jahren massiv gewachsen. Die von der Bundesregierung bisher vorgesehenen Maßnahmen sind weiße Salbe. Das hat die Experten-Anhörung zu unserem Antrag "Glücksspielsucht bekämpfen" deutlich gemacht.
Alle maßgeblichen Experten aus dem Suchtbereich haben der Bundesregierung bescheinigt, dass ihre bisherigen Vorschläge wirkungslos sind. Zumal sie bisher nicht einmal die suchtfördernden Funktionen der Automaten, wie Autostarttasten und das Punktespiel, verbieten will. Unser Antrag erhielt dagegen überwiegend Unterstützung. Es sieht danach aus, dass die Branche sich zudem mit ihrer Forderung durchgesetzt hat, auf freiwilliger Basis personenungebundene Spielerkarten einzuführen. Anders als personengebundene Spielerkarten können diese kein dringend notwendiges Sperrsystem für Süchtige und keinen besseren Jugendschutz ermöglichen. Stattdessen bereitet Schwarz-Gelb den Weg für eine Kartenlösung, die am Ende eher den Charakter einer Kundenkarte, womöglich noch mit bargeldlosem Bezahlen, hat.
Damit verstärkt die Bundesregierung die Suchtgefahr. Mit überaus großzügigen Übergangsfristen will sie offenbar dafür sorgen, dass nicht einmal die angekündigte Reduzierung der Geldspielautomaten in der Gastronomie in absehbarer Zeit umgesetzt wird. Die Übergangsfrist soll nach bisherigem Stand bis 2017 gelten. Bis dahin würde sich nichts ändern, obwohl neben der Opposition auch der

Sabines Woche Infoservice

Evaluierungsbericht der Spielverordnung und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung auf die massiven Probleme des mangelhaften Jugendschutzes in der Gastronomie wiederholt hingewiesen haben. Die Bundesregierung lässt die Drogenbeauftragte Mechthild Dyckmans damit im Regen stehen. Die Bundesregierung droht mit der Novelle der Spielverordnung auch den Ländern in den Rücken zu fallen. Das staatliche Glücksspielmonopol kann nur erhalten werden, wenn es ein zusammenhängendes System der Suchtprävention als Grundlage hat. Schwarz-Gelb tut alles dafür, ein solches System zu verhindern.

Finanzen

Fiskalpakt – Wir fordern konkrete Beschlüsse!

Ein nackter Fiskalpakt ist für uns nicht zustimmungsfähig:
Wir werden zum Vertrag der 25 Mitgliedstaaten nur Ja sagen, wenn der Fiskalpakt um eine Agenda für Beschäftigung und Wachstum ergänzt wird. Das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs ist ein erster Schritt. Wir fordern jetzt schnellstmöglich konkrete Beschlüsse.
Einen Zwang, im Bundestag gleichzeitig über ESM und Fiskalpakt abzustimmen, gibt es nicht. Wir können den ESM jetzt ratifizieren. Der Fiskalpakt tritt jedoch frühestens Anfang 2013 in Kraft - wenn er um ein Protokoll zu Wachstum und Beschäftigung in Europa ergänzt wurde. Es gibt also keinen Grund zur Eile.
Aus rein taktischen Erwägungen will Merkel das Parlament früher abstimmen lassen, obwohl noch nicht einmal die genaue Umsetzung in Deutschland klar ist.
Die Bundeskanzlerin braucht die Opposition im Bundestag - nicht nur, weil der Fiskalpakt mit einer Zweidrittelmehrheit verabschiedet wird. Die Zweifler in ihren eigenen Reihen werden immer mehr - das hat die gestrige Sitzung der Unionsfraktion wieder deutlich werden lassen. Die Stabilisierung der Eurozone scheitert nicht an der Sozialdemokratie, sondern wird durch den Zwist in der Koalition ernsthaft gefährdet. Weil sich CDU/CSU und FDP in Europa nicht einig sind, riskiert Merkel die Isolation Deutschlands innerhalb der EU.
Die Kanzlerin und Minister Schäuble müssen endlich ein Machtwort sprechen und die Selbstblockade der Koalition bei der Finanztransaktionssteuer durchbrechen. Die Umsatzsteuer auf Finanzprodukte darf nicht an den Unstimmigkeiten von Schwarz-Gelb scheitern. Eine solche Steuer ist zum einen gerecht, zum anderen stellt sie auch Mittel für ein Wachstumsprogramm ohne neue Schulden bereit. Die Finanzmärkte haben die Krise mit verursacht: Sie müssen endlich auch einen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten. Das bisherige Krisenmanagement hat die Lage verschärft und zu wirtschaftlichem Abschwung und steigender Arbeitslosigkeit in ganz Europa geführt. Es hat sich ausgemerkelt in Europa: Mit dem neuen französischen Staatspräsidenten wird Europa endlich wieder sozialdemokratischer.
Deshalb wird es ohne substanzielle Zugeständnisse von Merkel an Hollande kein Ja der deutschen Sozialdemokratie zu einseitigen Sparmaßnahmen geben. Und schon gar nicht nach dem Motto: Gegessen wird, was auf den Tisch kommt. Mit der Oberlehrerattitüde und Ausschließeritis hat die deutsche Regierung genug Porzellan in Europa zerschlagen und zudem ihre Versprechen immer wieder gebrochen. Unsere europäischen Partner sind verprellt, die deutschen Bürgerinnen und Bürger verunsichert. Heute wird es Zeit, das zu ändern.

Bonbon

„Schon Clauswitz und Moltke haben gesagt, ein Rückzug ist das kompliziertes, was es militärisch gibt."

(Thomas de Maiziere, CDU)

Arbeit & Soziales

Männer wie Frauen – Endlich gleich bezahlen!

Frauen verdienen das gleiche Gehalt wie Männer - sie bekommen es nur nicht. Die existierenden gesetzlichen Regelungen sind zu schwach. Deshalb brauchen wir einen verbindlichen Rahmen für die Prüfung und Beseitigung von Entgeltdiskriminierung. Betriebsräte und auch Einzelpersonen sollen mehr Informationsrechte bekommen.
Ziel ist es, dass sich Arbeitgeber, Betriebsräte und die Tarifpartner selbst um diskriminierungsfreie Entgeltsysteme bemühen müssen. Künftig sollen alle Betriebe mit mehr als 15 Beschäftigten überprüfen, ob es Anhaltspunkte für Entgeltdiskriminierung gibt. Finden sich solche Anhaltspunkte, sind die Antidiskriminierungsstelle des Bundes oder zertifizierte Sachverständige zur detaillierten Prüfung verpflichtet. Falls nötig, wird eine betriebliche Einigungsstelle - die aus der Betriebsverfassung schon bekannt ist - eingeschaltet, um eine diskriminierungsfreie Bezahlung zu erreichen. Die schon heute existierende Möglichkeit, individuell gegen Entgeltdiskriminierung vorzugehen, besteht weiter. Dank verbesserter Informations- und Beratungsrechte ist es für Arbeitnehmerinnen künftig aber viel einfacher, Diskriminierung zu belegen und damit auch zu bekämpfen.
In vielen Arbeitsverträgen findet sich heute eine Klausel, nach der man nicht über sein Gehalt sprechen dürfe. Diese ist zwar schon heute unwirksam, wird mit dem Gesetz aber offiziell ausgehebelt. Wir wollen Transparenz im Betrieb, damit diskriminierende Gehaltsvereinbarungen künftig nicht mehr vorkommen. Es ist höchste Zeit, endlich auch bei der Bezahlung für Gleichberechtigung zu sorgen. Frauen in Deutschland bekommen für die gleiche Arbeit fast ein Viertel weniger als Männer. Freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft haben nichts gebracht. Die Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebotes muss gesetzlich geregelt werden. Wir werden unseren Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause im Bundestag einbringen und fordern Arbeitsministerin von der Leyen und Frauenministerin Schröder auf, unseren Vorschlag zu unterstützen und damit endlich die Lohnlücke zu schließen.

Termine

26.05.12	**20.00 Uhr**	**Jubiläum TuS Germania Bitzen**
27.05.12	**14.00 Uhr**	**Festumzug Bergenhausen**
28.05.12	**9.30 Uhr**	**750 Jahre Kasbach-Ohlenberg**
	15.00 Uhr	**Ausstellung Leutesdorf**
	16.00 Uhr	**Unkel Kunstmarkt**
29.05.12	**17.30 Uhr**	**Ausstellung Büro Betzdorf**
01.06.12	**10.00 Uhr**	**Nelson-Mandela-Schule Dierdorf**
	14.00 Uhr	**Einweihung KiTa Puderbach**
	17.00 Uhr	**Dystonie-Regionalgruppe NR**
	18.00 Uhr	**Ulla Schmidt, Neuwied Heimathaus**